

Klaus J. Bade: Multikulturalismus und Einwanderungssituation: Deutsche Probleme und atlantische Perspektiven

in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 40.1993, H. 9,
September 1993, S. 801- 811.

Es gibt in Deutschland eine weltgefächerte Diskussion über ‚Multikulturalismus‘ mit fließenden Grenzen zwischen politologischen Tiefflügen und sozialromantischer Schwärmerei. Relativ isoliert und nicht selten denunziert, lag lange daneben die kalte Zone der Diskussion um Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik. Erst langsam wächst die Einsicht, dass beides – Multikulturalismus und Einwanderungspolitik – zwei Seiten der gleichen Medaille sind.

Die ‚Rede von der multikulturellen Gesellschaft‘ ging aus von der Frage nach der Übertragbarkeit überseeischer Modelle auf Europa. Sie fragt aber auch schlicht danach, was ‚Multikulturalismus‘ überhaupt ist, historisch war oder künftig sein soll. Konsens ist nicht erreicht. Jenseits der Debatten intellektueller Zirkel aber wirkt das Hieb- und Stichwort ‚Multikulturalismus‘ in der öffentlichen und politischen Diskussion um Einwanderungsfragen in Deutschland oft sogar kontraproduktiv und bestärkt, was abzubauen seine Botschaft ist – fremdenfeindliche Abwehrhaltungen in der Einwanderungssituation. Das hat hierzulande unter anderem drei Gründe:

Ein Grund für fremdenfeindliche Abwehrhaltungen ist der geschichtsfremde Traum von einer urwüchsigen ‚kulturellen Homogenität‘ – obgleich auch die Kulturgeschichte der Deutschen Ergebnis kultureller Synthese war und alles andere als klinisch reine Monokultur; abgesehen davon, dass in der Geschichte weiterhin polyethnische und multikulturelle Strukturen die Regel und ethnisch, ‚reine‘ Nationalstaaten die Ausnahme waren. Die Wendung gegen den Traum von der ‚kulturellen Homogenität‘, der für die ‚Fremden‘ im Lande immer ein Alptraum war und ist, verträgt sich sehr wohl mit der Akzeptanz einer kulturellen Axiomatik, die den einen verfassungspatriotischer Grundkatalog, den anderen fundamentaler Wertekonsens ist und auch in der Diskussion um Multikulturalismus und Einwanderungsgesellschaft nicht zur Disposition stehen kann.

Ein zweiter Grund für fremdenfeindliche Abwehrhaltungen ist die Flucht aus der mentalen Überforderung durch eine fiktive Einwanderungssituation: In der realen Einwanderungssituation ist die Begegnung mit Menschen aus anderen Kulturen und mit den Grenzgängern zwischen alter und neuer Welt längst geläufige Alltagserfahrung geworden. Es gab und gibt, oft krisenbedingt, trotzdem ökonomische, soziale und mentale Ängste – weniger um die ‚Kultur‘ als um die Sozialwohnung und den Arbeitsplatz. Dabei siedeln tönende Ideologiekritik, wohlwollende Aufklärung und gesamtwirtschaftliche Überlegungen zu Arbeitskräftebedarf und Generationenvertrag auf durchaus anderen Ebenen als

individuelle Konkurrenzerfahrungen im Sozialamt und am Arbeitsmarkt. Reale Ängste aber werden überwuchert durch weniger aus konkretem Erleben als aus dem Hörensagen genährte und durch die grassierende politische Perspektivlosigkeit bestärkte fremdenfeindliche Projektionen. Im Gespensterreich der fiktiven Einwanderungssituation, die auch unter Medieneinsatz in die Köpfe kommt, pervertiert die alltägliche Begegnung mit Nachbarn aus anderen Kulturen zur Begegnung mit Fremden aus fremden Kulturen. Eingesetzt hat nicht eine ‚Überfremdung‘ Deutschlands, sondern eine Verfremdung der Begegnungen durch reale Ängste und fiktive Schreckbilder. Das Boot ist nicht voll, aber es läuft aus dem Ruder.

Ein dritter Grund für fremdenfeindliche Abwehrhaltungen liegt im konzeptionellen Versagen von Politik vor den Problembereichen von Migration, Integration und Minderheiten. Ursache war die schon vor einem Jahrzehnt mit Warnung vor den – heute längst eingetretenen – Folgen beklagte defensive Erkenntnisverweigerung gegenüber einer schon damals lange klar erkennbaren neuen sozialen Frage, die heute zunehmend auch Züge einer ethno-sozialen Frage annimmt. Es war die Flucht aus der politischen Handlungsverantwortung aus Angst vor dem Bürger als Wähler unter der heute schon mehr als ein Jahrzehnt alten parteiübergreifenden Losung: »Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland.«

Damit wurde eines der brisantesten gesellschaftlichen Problemfelder der Gegenwart in seiner Existenz dementiert und als Gestaltungsbereich tabuisiert. Tabu und Dementi haben dafür gesorgt, dass hierzulande mehr als ein Jahrzehnt lang nicht entwickelt werden konnte, was heute zu einem geradezu existentiellen gesellschaftlichen Defizit geworden ist: Konzeptionen für Politik in der Einwanderungssituation. Aus der Geschichte dieses Versagens kommt die gefährliche Ratlosigkeit gegenüber den Problembereichen von Migration, Integration und Minderheiten. Die Geschichte aber kennt nicht die Chance zu rückwirkender Kurskorrektur, sondern bestenfalls die zu Schadenbegrenzung und aktiver Schlussfolgerung aus den Fehlern von gestern.

Angst und Ratlosigkeit im Umgang mit Multikulturalismus und Einwanderungssituation wurden gesteigert durch die Konfrontation mit den Exzessen innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen: Die Spur der Gewalt gegen Fremde und solche, die dafür gehalten oder dazu gemacht wurden, lief im deutschen Pogrom-Herbst 1991 von Hoyerswerda im Osten nach Hünxe im Westen und kehrte ein Jahr später nach Osten zurück: Im Straßenkrieg der Rostocker Nächte von August 1992 zeigte der Terror eine seit langem vorausgesagte und ebenso lang dementierte bzw. an das karitative Engagement von Sozialarbeitern delegierte neue Qualität – die Gewalt von Fremden im eigenen Land gegen zugewanderte oder zugewiesene Fremde von außen und schließlich gegen das Fremde an der deutschen neuen Welt an sich.

Atlantische Erfahrungen

Während im Lande der Betroffenheit die Freunde des Guten in der Konfrontation mit der Gewalt auf den Straßen zunächst wie vom Schock gelähmt reagierten und sich von den Morden von Mölln (November 1992) zum stummen Protest in Lichterketten fanden, schlich sich in der inländischen Diskussion die Rede von ‚deutschen Verhältnissen‘ ein. Seit den Morden von Solingen Ende Mai 1993, seit der Eruption kollektiver Gewalt auf den Straßen des Tatorts und seit den Terrorakten der kurdischen PKK vom Juni 1993 wächst die Sorge vor bürgerkriegsartigen Szenarien in der tiefgestaffelten und unübersichtlichen Einwanderungssituation in Deutschland, in der sich viele Spannungslinien überschneiden. Aber die Deutschen stehen in der Konfrontation mit der Gewalt nicht allein.

Im Szenario interethnisch aufgeladener Gewalt spannte sich ein transatlantischer Bogen 1992 von Los Angeles bis Sarajevo, ein kontinentaler vom Balkan bis zum Kaukasus. Auf der westlichen Seite des transatlantischen Bogens lag 1992 die in ihrem Südzentrum explodierende multikulturelle Megastadt in Kalifornien, die von der Nationalgarde und schließlich von regulärem Militär vor sich selbst geschützt werden musste. Auf der östlichen Seite liegt das blutige Inferno im früheren Jugoslawien, wo der teils gewachsene, teils oktroyierte multikulturelle Konsens in einem polyethnischen Staat mit historischen Sollbruchstellen zuerst spontan, dann systematisch von innen zerstört wurde, von außen begleitet durch eine Tat- und Ratlosigkeit signalisierende Friedfertigkeitsoperette der Völkergemeinschaft.

Verallgemeinerungen sollten unterbleiben, zu groß sind die Unterschiede im Einzelnen. Allen Fällen gemeinsam ist ein wachsendes Maß an Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz im Spannungsfeld der multikulturellen Begegnung. Bevor noch mancherlei multikulturelle Visionen der letzten Jahre zu Konzeptionen gereift waren, ist schon der Ernstfall eingetreten – wenn man so will der multikulturelle »Verteidigungsfall«. Er hat längst der Geschichte anheimgegebene Gespenster zu neuem Leben erweckt, in der Neuen wie in der Alten Welt, von der Dritten Welt ganz zu schweigen.

In der überseeischen Welt der ‚klassischen‘ Einwanderungsländer geht das Zeitalter der identitätsstiftenden sanften Legenden zu Ende - gerade im Land der vermeintlich ‚unbegrenzten Möglichkeiten‘: Beim ‚amerikanischen Traum‘ vom zumindest intergenerativen Weg zum Glück war ohnehin nur das Träumen unbegrenzt. Die Verwirklichung des Traums war ethnosozial umso begrenzter. Am vorläufigen Ende des amerikanischen Wegs steht, trotz ‚Ethno-Pop‘ und ‚Come together‘, weniger ein multikultureller ‚Melting pot‘ als eine ethnoplurale ‚Salad bowl‘ mit ethnosozialen Spannungen.

An den extrem unterschiedlich verteilten sozialen Chancengebieten partizipieren heute ‚Hispanics‘ und Asiaten in Kalifornien oft schon besser als die Nachfahren jener Schwarzen, die von den Weißen einst in Ketten in der Neuen Welt empfangen wurden; denn der

‚Schmelztiegel‘ war in vieler Hinsicht ein weißer Traum. Auch das gehört zu der schwarzen Wut, die sich, wie so oft in der Ghettosituation, auch gegen andere Minderheiten wendet, gegen Koreaner im brennenden South Central Los Angeles oder gegen Juden in New York – während Rabbi Schindler, der Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses, statt ‚schwarzem Antisemitismus‘ nach einer ‚Allianz von Juden und Schwarzen im Kampf gegen Diskriminierung‘ ruft.

Derweil hat an amerikanischen Universitäten schon eine Art akademischer Klassenkampf zwischen Schwarz und Weiß begonnen, hinter dem das lärmende Tauziehen um ethnozentrische Curricula steht. Dem guten alten und nicht selten etwas naiven amerikanischen ‚Multikulturalismus‘ ging es zwar um kulturellen Pluralismus, vor allem aber um die bereichernde Integration nichtweißer Kulturen in die angloamerikanische ‚Common culture‘. Dem hat der neue ‚partikularistische Multikulturalismus‘ den Kampf angesagt: Es geht nicht mehr schlicht um ‚amerikanische‘ Kultur. Es geht um das Schisma einer fünffach gespaltenen euro-amerikanischen, afro-amerikanischen, hispano-amerikanischen, asiatisch-amerikanischen und schließlich ‚native‘, also indiano-amerikanischen Kultur.

Am radikalsten ist dabei die afro-amerikanische bzw. sogar afrozentrische Kampfposition gegen das Christentum als ‚mental prostitution‘, gegen euro-amerikanische Kulturwerte als ‚mental genocid‘ und gegen die ‚DWEMS‘, die ‚Dead White European Men‘, also gegen die in der akademischen Lehre dominierenden »toten weißen europäischen Männer« wie Plato oder Cicero, Newton oder Einstein, Dante, Marx oder Freud. Im biologistischen Determinismus des Curriculumforschers Leonard Jeffries vom City College of New York: ‚Ice-men‘ contra ‚Sun-men‘ – Europäer als kalte materialistische und individualistische ‚Eis-Menschen‘, Afrikaner als warme, gemeinschaftsorientierte ‚Sonnen-Menschen‘. Tatsächlich haben schon viele Schuldistrikte nicht nur afro-amerikanische, sondern ‚afrozentrische‘ Lehrpläne eingeführt, während in zahllosen anderen Chinesisch, Koreanisch oder Griechisch, Spanisch, Kreolisch oder Cherokee zu Unterrichtssprachen geworden sind.

»Vielleicht müssen wir lernen, den Eid auf die Flagge Spanisch zu sprechen«, räsoniert der amerikanische Historiker William Sheldon, der das Nürnberger Amerika Haus leitet, und zitiert den amerikanischen Autor Carlos Fuentes: »Ich glaube an die Latinisierung der Vereinigten Staaten, wir werden einander immer ähnlicher«. The Disuniting of America hat der Mentor der liberalen amerikanischen Geschichtsschreibung, der Historiker Arthur M. Schlesinger jr., sein jüngstes Buch überschrieben, das von der Enteignung der Vereinigten Staaten in partikularistischem Multikulturalismus warnt und vor dem neuen Kult eine Ethnizität, die einer Selbstghettoisierung gleichkomme: Ethnozentrismus als Gefahr für Multikulturalismus dort, wo ethnische Gruppenrechte gegen die fundamentalen Individualrechte ins Feld gestellt werden, von denen eine multikulturelle Gesellschaft lebt. In der einflussreichen sicherheitspolitischen Zeitschrift *The National Interest* warnt unterdessen Graham Fuller von der Rand Corporation vor einer ‚Liberalisierung‘ Amerikas durch das Vordringen eines ethnozentrisch-segregativen auf Kosten eines integrativen

Multikulturalismus mit angloamerikanischer Leitidentität. Andere warnen vor einer ‚Balkanisierung‘ Amerikas oder gar, im Blick auf das ‚sowjetische Apartheid-System‘, vor einem ‚sowjetischen Modell‘ auf amerikanischem Boden mit interethnischen Konfliktzonen.

Das vermeintlich unsinkbare Traumschiff der multikulturellen amerikanischen Identität scheint ins Eisfeld der ‚Ethnizität‘ zu geraten. Aber Angst vor dem Titanic-Effekt ist sicher unangebracht; denn vieles ist überzeichnet in der schrillen Diskussion um Multikulturalismus und amerikanischen Konsens.

Der ‚American Consensus‘, der im Kern nach wie vor ein ‚male WASP Konsensus‘ ist, wird durch die Spannung zwischen Defensive und Öffnung zweifelsohne strapaziert, aber, so der Frankfurter Historiker Hans-Jürgen Puhle: »The ‚unity‘ of the United States, it seems, is not really in danger.«

Auch in Kanada mehren sich Sorgen um Einwanderungspolitik, Bilingualismus und Multikulturalismus bei dem es hier im historischen Kern um franko-anglo-kanadischen Spannungsausgleich auf Verfassungsebene geht. Das zur Eruierung der verfassungspolitischen Erwartungen der Bevölkerung eingesetzte ‚Bürgerforum für die Zukunft Kanadas‘ hat in seinem Schlussbericht 1991 festgestellt, dass die Mehrheit der kanadischen Einwanderungsgesellschaft sich zwar nach wie vor mit dem Konzept des aktiven Multikulturalismus identifiziert, zugleich aber auch nach stärkeren Bemühungen um die Integration der Einwanderer verlangt. Anderen Umfragen zufolge meint fast die Hälfte der Kanadier, das Land nehme »zu viele Einwanderer« auf und riskiere damit ‚gefährliche soziale Spannungen‘.

Nicht nur Ethnozentrismus ist eine Gefahr für Multikulturalismus. Schon wo integrativer Multikulturalismus als Eingliederungshilfe zu einer diffusen „multiethnischen Sammelidentität“ verkommt, kann das Energiezentrum ‚Ethnizität‘ zerstörerische Sprengkraft entfalten. »Nichts existiert in den europäischen Kulturen, das sie entweder auf einen ethnischen Pluralismus oder auf eine Schwächung der eigenen Kultur vorbereitet«, so heißt eine amerikanische Warnung an Europa. »Ähnliches könnte auch in Europa geschehen, wenn die Migration nicht eingedämmt wird. Multikulturalität ist eine Illusion und eine gefährliche Ideologie, die diese Gefahr ausblendet«, schreibt in Europa Bassam Tibi, selbst Einwanderer in Deutschland, und fragt: »Kann Europa das leisten, woran Amerikaner scheinbar gescheitert sind?«

Rache der Kolonialgeschichte

Zurück nach Europa: England, das frühere Mutterland auch der nordamerikanischen Kolonien, mag als Beispiel dienen für ‚Multikulturalismus‘, der aus der eigenen Kolonialgeschichte kommt: ‚The Empire strikes back‘, könnte man meinen – die farbige Einwandererbevölkerung aus den ehemaligen Kolonien als Rache der Kolonialgeschichte: ‚We are because you were there‘. Der bengalische Schriftsteller Nirad Chaudhuri nennt das Land, das die Trauerarbeit über den Verlust des Empire noch längst nicht abgeschlossen hat,

in Umkehrung des berühmten Wortes das »Juwel in der Krone Indiens«. E. P. Thompson wiederum hat England die letzte Kolonie des Empire genannt, während Salman Rushdie, der Autor der verfilmten »Satanischen Verse«, im Blick auf den Rassismus in England von einem neuen Empire innerhalb Großbritanniens sprach.

Sie sind im Stadtbild nicht zu übersehen, die knapp 5% der Bevölkerung umfassenden ethnischen Minderheiten: die afro-karibischen Briten in Londons Nord-Kensington, die Bengalis in Spitalfield und die asiatischen Briten im nördlichen Bradford, das gelegentlich die ‚Hauptstadt Pakistans‘ genannt wird. Am Anfang stand, wie Gina Thomas spitz bemerkt hat, der Gedanke, „die farbigen Einwanderer mehr oder minder als Briten zweiter Klasse assimilieren zu können“. Der dann folgende ethnoplurale Traum vom Multikulturalismus der sechziger Jahre hat vorwiegend zum Pluralismus der Speisekarte geführt. Enoch Powells Alptraum vom Ende der 60er Jahre, die englische Kultur werde in einem ethnischen Bürgerkrieg in »Strömen von Blut« versinken, ist zwar eine demagogische groteske geblieben; aber die von »fremden Briten« gegen ‚einheimische Briten‘ eingeklagten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit ohne ethnischer Diskriminierung sind noch Zukunftsaufgaben in der zunehmend multikulturellen Einwanderungsgesellschaft auf jener Insel im Westen Europas, deren Imperium einmal die Welt umspannte.

Andere frühere Kolonialnationen Europas wie Frankreich, die Niederlande oder Portugal haben ihre eigenen Erfahrungen mit der Rückwanderung ‚einheimischer‘ und der Einwanderung ‚fremder‘ Bevölkerungen aus den ehemaligen Kolonien gemacht. Das unterscheidet sie von der jüngeren Einwanderungsgeschichte jener europäischen Länder, die diese koloniale Dimension der Einwanderung nicht kennen, weil sie keine Kolonien hatten oder sie nur kurz besaßen und früh verloren. Zu dieser Gruppe zählt Deutschland, für das sich, wie für Schweden, im Wanderungsgeschehen der letzten 100 Jahre die Bewegungen und die damit verbundenen Probleme im Wandel von Aus- zum Einwanderungsland geradewegs umgekehrt haben – in Schweden auch de jure, in Deutschland bislang nur de facto.

Deutsche Perspektiven

In der Konfrontation mit den Problembereichen Migration, Integration und Minderheiten täten die Deutschen gut daran, sich zu erinnern, dass Millionen ihrer Vorfahren einst als Einwanderer ebenso Fremde im Ausland waren wie heute Ausländer in Deutschland: Fast sechs Millionen zählt heute die Ausländerbevölkerung in der Bundesrepublik. Rund ebenso viele Deutsche wanderten vom frühen 19. bis zum frühen 20. Jahrhundert in die Vereinigten Staaten aus. Sie stellten dort 1861-1890 sogar die größte Einwanderergruppe.

An der gesamten Einwanderung aus Europa seit 1820 waren sie mit 15 Prozent am stärksten beteiligt. Sie suchten, wie andere Einwanderergruppen auch, zunächst Ihresgleichen im Einwanderungsprozess, siedelten im ländlichen ‚German belt‘ des ‚deutschen Mittelwestens‘ oder in ihren ‚ethnic communities‘ und ‚Little Germanies‘ der explodierenden

Einwandererstädte: in Chicago, Minneapolis oder St. Louis und besonders in New York, das im späten 19. Jahrhundert ebenso eine der größten ‚deutschen‘ Städte nach Berlin war, wie heute Berlin eine der größten ‚türkischen‘ Städte nach Istanbul und Ankara ist.

Die Geschichte weiß auch von der Spannung zwischen einheimischen Amerikanern und den in Massen zuwandernden Fremden aus dem fernen ‚Germany‘ und von der notwendigen Geduld mit diesen Deutschen. Sie waren in der ersten Generation oft weit weniger ‚assimilationsfreudig‘ als ihr Ruf und brauchten zur kompletten Eingliederung, wie die anderen Gruppen auch, in der Regel drei Generationen. Daher im Amerikanischen und heute aus gutem Grunde auch im Deutschen die Rede von der ‚Ersten‘, der ‚Zweiten‘ und der ‚Dritten (Einwanderer-)Generation‘.

Solche historischen Erfahrungen können heute Orientierungshilfe leisten in den aktuellen Problemfeldern von Migration, Integration und Minderheiten, deren Ressortfähigkeit von der Politik in der Bundesrepublik noch immer nicht entdeckt worden ist. Dabei geht es hier um Lebens-, wenn nicht gar um Überlebensfragen für die gesellschaftliche Zukunft in Deutschland und Europa-zumindest dann, wenn diese Zukunft friedvoll bleiben soll.

Zur Erinnerung: Legislative und politische Antworten auf Einwanderungsfragen heißen nicht ‚Ausländerrecht‘, ‚Ausländerpolitik‘, sondern ‚Einwanderungsgesetzgebung‘ und ‚Einwanderungspolitik‘. Aversionen dagegen hatten ihre Grundlage 1. in der einseitigen Orientierung am europäischen Massenexodus in die überseeischen Einwanderungsländer des 19. Jahrhunderts, 2. in einer Verwechslung von ‚Einwanderungspolitik‘ mit bloßer Einwanderungsförderung und 3. in der Sorge der Tabu-Front, eine legislative Beschäftigung mit dem missliebigen Phänomen der Einwanderung führe unvermeidlich zur amtlichen Anerkennung seiner vergeblich dementierten Existenz. Aber Millionen von echten Einwanderern sind zum Teil schon in drei Generationen im Land, andere drängen nach, und das sperrige Einwanderungsland wider Willen gerät unter Druck der Folgen eigener Versäumnisse.

Ein Einwanderungsland im Sinne ‚klassischer‘ Einwanderungsländern des 19. Jahrhunderts kann die Bundesrepublik ohnehin wieder sein noch werden. Auch die neue Einwanderungssituation ist, trotz mancher Parallelen, nicht zu verwechseln mit ‚klassischen‘ Einwanderungssituationen in den überseeischen neuen Welten des 19. Jahrhunderts; denn sie verstanden sich nicht nur a priori als Einwanderungsländer; ihre Gesellschaften wurden auch durch den Einwanderungsprozess selbst erst geprägt.

Heute ist der Anpassungsdruck im Einwanderungsprozess sicher höher als in den ‚klassischen‘ Einwanderungsländern des 19. Jahrhunderts. Durch die Infragestellung einseitiger Assimilationsforderungen und die Verbreitung multikultureller Lebensformen sind aber auch Freiräume entstanden für offenere Formen gesellschaftlicher Begegnung in der Einwanderungssituation. Von einer falschen Alternative geht dabei die Frage aus, ob

multikulturelle Lebensformen Durchgangsstadien im Einwanderungsprozess seien oder, umgekehrt, die Einwanderungssituation eine Etappe auf dem Weg zur multikulturellen Gesellschaft: Jenseits enger, vom Rechtsakt der Einbürgerung ausgehender Vorstellungen ist Einwanderung ein in der Regel integrativer Sozial- und Kulturprozess. Eine Perspektive der multikulturellen Toleranz wird in diesem Zusammenhang stärker darauf abstellen, Einwanderung als Prozess auf Gegenseitigkeit zwischen Aufnahmegesellschaft und Einwanderergruppen zu betrachten und zu gestalten.

Multikulturalismus kann, als Leitmotiv sozialen Handelns und nicht als sozialromantische Ersatzreligion verstanden, den Eingliederungsprozess im entkrampfen, aber nicht ersetzen, nicht einmal, wie das kanadische Beispiel zeigt, im Range eines Verfassungsauftrags. Auch eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft braucht, gerade zum Schutz ihrer Lebensformen – zum Beispiel gegen von ‚kultureller Homogenität‘ träumende Einwanderungswillige – klare Verkehrs- und Vorfahrtsregeln. Es geht um Einwanderungsgesetzgebung, Einwanderung und Integrationspolitik bei aktivem Minderheitenschutz. Das ermöglicht den soziokulturellen und ethnosozialen Balanceakt, der einer Lebensfrage ist für multikulturelle Toleranz und sozialen Frieden in der Einwanderungssituation.

Multikulturalität als Gegenentwurf zu Abschottung und Abgrenzung, gibt Dieter Senghaas zu bedenken, sei als axiomatische Abstraktion im sozialen und soziokulturellen Bereich zwar ebenso unangreifbar wie das Prinzip des Freihandels im ökonomischen Bereich. »Aber so wie Freihandel nur unter spezifischen Bedingungen entwicklungsfördernd ist, so ist aller Erfahrung nach Multikulturalität nur in gewissen Ausmaßen sozial wirklich verträglich. Es hat wenig Sinn, das Prinzip der Multikulturalität von Gesellschaften abstrakt zu verfechten, wenn nicht gleichzeitig berücksichtigt wird, wie viel von ihr in einzelnen Gesellschaften aufgrund konkreter Ausgangslagen (Bevölkerungsdichte, politische Kultur, wirtschaftliche Situation usw.) problemlos verdaubar ist. Man schadet der guten Idee, wenn man sie nicht qualifiziert vertritt.«

Die Herausforderung der Einwanderungssituation aber muss legislativ beantwortet werden mit einem für beide Seiten, für Aufnahmegesellschaft und zugewanderte Minderheiten, gleichermaßen transparenten Rechtsgebäude zur Gestaltung von Lebensperspektiven. Es muss eingebettet sein in ein wirtschafts-, sozial- und kulturpolitisches Gesamtkonzept für Migration, Integration und Minderheiten. Es muss das gesamte Spektrum erfassen und durch Ausgleichs- und Vermittlungsfunktionen verhindern, dass einzelne Segmente kollidieren oder gar gegeneinander ausgespielt werden. Dazu gehört schließlich eine differenzierte, gestufte und in den Übergangszonen flexible Konzeption für die aktive Begleitung von Eingliederungsprozessen und für das Zusammenleben mit und innerhalb der zugewanderten Minderheiten. Sie sollte ein ins institutionelles Netz bieten für weitgefächerte und tief gestaffelte Hilfs- und Verständigungsangebote.

Europäische Dimensionen

Nationale Konzepte müssen eingebracht werden in den übergreifenden Kontext einer europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik. Von dieser euro-internationalen Ebene aus muss im globalen Zusammenhang ein gemeinsamer Beitrag erstrebt werden zu einer neuen, entwicklungsorientierten Migrationspolitik bzw. migrationsorientierten Entwicklungspolitik, die ohne internationalen ‚Lastenausgleich‘ nicht mehr denkbar ist.

Europäische Konzepte sollten dabei nicht nur von oben nach unten, von der supranationalen über die nationale herab bis zur kommunalen Ebene strukturiert werden, sondern gewissermaßen auch ‚quer‘ zu diesen Strukturen; denn die zu erwartenden ethnosozialen und regionalen Probleme innerhalb eines zusammenwachsenden Europa liegen selbst quer zu diesen Strukturhierarchien. Ohne die Bereitschaft, auf nationaler Ebene umzudenken, wird sich freilich auch auf euro-internationaler Ebene vieles gar nicht, anderes wenig und alles insgesamt zu spät bewegen. ‚Auf Europa warten‘ ist nicht nur keine Lösung: Je mehr an ungelösten nationalen Aufgaben an die Zukunft Europas delegiert wird, desto schwieriger ist ihre Geburt.

Diese Zukunft aber wird heute überschattet durch die schockierende europäische Dichotomie des neuen Fin de siècle: Auf der einen Seite werden in der Europäischen Gemeinschaft herkömmliche nationalstaatliche Strukturen schrittweise gelockert - von oben durch supranationale Formen und von unten durch Regionalisierung, bis hin zur Vision von einem multikulturellen Europa der Regionen. Auf der anderen Seite blamiert sich die um die Einhaltung der Menschenrechte, um Sicherheit und friedliche Zusammenarbeit bemühte Völkergemeinschaft vor dem Blutbad jener ‚ethnischen Säuberungen‘ im Südosten Europas, die vielleicht noch immer nicht den völkerrechtlich justiziablen Tatbestand des Völkermords erfüllen, aber doch den des organisierten Verbrechens an der Menschlichkeit.

Der wieder aufflammende Nationalismus in Südost- und Ostmitteleuropa entfacht überdies gefährlichen Funkenflug in Ost-West-Richtung von der Auflösung der Tschechoslowakei bis zu der Diskussion um den Fortbestand des gemeinsamen Staates von Wallonen und Flamen in Belgien. Im Osten aber wächst die Gefahr eines Zerfalls der postsowjetischen Erbengemeinschaft GUS mit ihren extremen ethnischen Konfliktpotentialen in einem Flächenbrand, der unübersehbare Fluchtbewegungen auslösen könnte. Das reicht vom Bürgerkrieg im Kaukasus über den russisch-ukrainischen Konflikt um die Krim bis zu den Kämpfen zwischen Rumänen und Ostslawen in Moldova.

Viele Zeichen künden Sturm – nicht unbedingt auf Europa, aber jedenfalls auch für Europa. Dem gilt es vorausschauend Rechnung zu tragen, ohne lähmende Schreckensbilder, ohne Hysterie und dem nötigen Maß an Pragmatismus und Geduld. ‚Macht hoch die Tür, die Tor macht weit, es komme, wer da wolle‘, mag eine bunte Liebenswürdigkeit sein, ist aber ebenso wenig eine politische Lösung wie das Konzept der offenen Grenzen nach innen bei geschlossenen Grenzen nach außen.

Die großen Fragen an die Zukunft der Weltbevölkerung sind offen: Bevölkerungszunahme und -abnahme wie in einem System kommunizierender Röhren? Eine bei sinkenden Geburtenraten und steigender Lebenserwartung vergreisende und abnehmende Bevölkerung in einem befestigten Bunker namens Europa gegenüber der Bevölkerungsexplosion in Ländern der ‚Dritten Welt‘ – deren Menschenströme von Europa ausgesperrt bleiben, die aber ihre Märkte offenhalten sollen für europäische Warenströme? Die ‚Festung Europa‘ muss deshalb nicht nur in ihrer Außenhandelspolitik, sondern auch in ihrer Migrationspolitik Antworten finden auf die weltweite Herausforderung durch ihre eigene Existenz.

Nötig für die Bewältigung der Zukunft in Deutschland und Europa sind verstärkte Bemühungen um die Eingliederung – zugewanderter oder schon im Lande geborener Minderheiten. Nötig sind multikulturell orientierte Toleranz im Eingliederungsprozess und das Verständnis von Eingliederung als integrativen Kulturprozess auf Gegenseitigkeit. Multikulturalismus ist dabei als romantische Sozialillusion gefährlich und gesellschaftlich hilfreich nur als pragmatische Botschaft der Annäherung. Mehr noch: Es kann in Einwanderungs- und Eingliederungsfragen nur aktiven Multikulturalismus geben. Ein aus Schwäche oder Relativismus geborener, bloß passiver und reaktiver Multikulturalismus wäre ein riskantes Versagen vor dem gesellschaftlichen Regulationsbedarf in der Einwanderungssituation.

Nötig neben aktivem Multikulturalismus, Minderheitenschutz und interkultureller Toleranz im Innern sind klare Optionen der Einwanderungspolitik gegenüber Zuwanderungsdruck von außen. Einwanderungspolitik aber braucht einen Katalog von Werten und eine Skala mit Zahlen. Voraussetzungen dazu wie wiederum sind konzeptionelle Antworten auf Fragen nach dem nationalen und europäischen Selbstverständnis und nach langfristigen Zielen im Bereich von Bevölkerung und Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Ohne solche richtungweisenden Konzeptionen bliebe alle Einwanderungspolitik ziellos oder doch dazu verdammt, bloß defensiv zu sein.

All das hat mit Bollwerkmentalität und europäischem Festungsbau solange nichts zu tun, solange Deutschland und Europa aktive politische wirtschaftliche Konsequenzen aus einer hinlänglich bekannten Einsicht in die Bestimmungsfaktoren des internationalen Wanderungsgeschehens ziehen: Migrationspolitik ohne neue Einwanderungsstrategien bleibt ebenso unzureichend wie eine humanitär gutgemeinte Aufnahme von Flüchtlingen ohne die Bereitschaft zur wirtschaftlichen, politischen und völkerrechtlichen Bekämpfung der Fluchtursachen in einer seit dem Ende des Kalten Krieges überschaubarer, aber auch unkalkulierbarer gewordenen Welt.